

Finanzquellen der rechtsextremistischen Kreise
Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe

2007

VORBEMERKUNG

Unter Leitung Berlins hat eine länderoffene Arbeitsgruppe die Erkenntnisse über Finanzquellen der rechtsextremistischen Kreise in einem Bericht zusammengetragen. Dieser informiert über die staatliche Parteienfinanzierung und Steuerbegünstigung politischer Stiftungen und eingetragener Vereine ebenso wie über Finanzmittel und Gewinne von Szeneläden, Musik- und Devotionalienvertrieben, Spenden und Immobiliengeschäfte.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Rechtsextremistische Parteien	4
1.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).....	4
1.1.1	NPD-Gesamtpartei, Einnahmen und Ausgaben 2005.....	4
1.1.2	NPD-Gesamtpartei, Vermögensbilanz 2005	5
1.1.3	NPD-Landesverbände und nachgeordnete Gebietsverbände 2005.....	6
1.1.4	NPD-Landtagsfraktionen.....	7
1.1.5	Aktuelle Finanzlage	7
1.2	„Deutsche Volksunion“ (DVU).....	9
1.2.1	DVU-Gesamtpartei, Einnahmen und Ausgaben 2005.....	9
1.2.2	DVU-Gesamtpartei, Vermögensbilanz 2005	10
1.2.3	DVU-Landesverbände und nachgeordnete Gebietsverbände 2005.....	11
1.2.4	DVU-Landtagsfraktionen.....	11
1.2.5	Aktuelle Finanzlage	12
1.3	Zusammenfassung Parteienfinanzierung.....	12
2	Bildungspolitische Einrichtungen der Parteien	12
2.1	NPD-nahe Einrichtungen.....	12
2.2	DVU-nahe Einrichtungen.....	13
2.3	Bewertung.....	13
3	Immobilien	14
3.1	Immobiler Vermögenswerte der rechtsextremistischen Kreise.....	14
3.2	„Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited“	14
3.3	„Politisch motivierte Immobiliengeschäfte“ (PMI, „Scheinkäufe“).....	14
3.4	Bewertung.....	15
4	Sonstige Organisationen (Kameradschaften, Vereine)	15
4.1	Neonazistische Kameradschaften.....	15
4.2	Rechtsextremistische Vereine	16
4.3	Bewertung.....	16
5	Rechtsextremistische Musik und Szeneprodukte	16
5.1	Versandhändler und Szeneläden	16
5.2	Musikgruppen und Konzerte.....	17
5.3	Bewertung.....	18

1 RECHTSEXTREMISTISCHE PARTEIEN

1.1 „NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS“ (NPD)¹

1.1.1 NPD-Gesamtpartei, Einnahmen und Ausgaben 2005

NPD	2005		2004	
	€	Prozent	€	Prozent
1. Einnahmen Gesamtpartei				
Mitgliedsbeiträge	506 409,01	17,16%	414 068,12	20,61%
Spenden (nat. und jur. Personen)	974 063,26	33,00%	825 689,40	41,10%
Staatliche Mittel	1 233 779,59	41,80%	666 040,42	33,15%
Sonstige Einnahmen (Mandatsträgerbeiträge, Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit, sonstigem Vermögen, aus Veranstaltungen und Druckschriften)	237 346,82	8,04%	103 614,16	5,16%
Summe Einnahmen	2 951 598,68	100,00%	2 009 412,10	100,00%
2. Ausgaben Gesamtpartei				
Wahlkampfkosten	1 160 663,38	40,55%	792 376,71	36,45%
Allgemeine politische Arbeit	553 705,10	19,34%	573 046,45	26,36%
Personalausgaben	371 648,70	12,98%	184 963,80	8,51%
Sonstige Ausgaben (Sachausgaben für laufenden Geschäftsbetrieb, Vermögensverwaltung, Zinsen, Sonstiges)	776 337,62	27,12%	623 426,63	28,68%
Summe Ausgaben	2 862 354,80	100,00%	2 173 813,59	100,00%
3. Überschuss oder Defizit (-)	89 243,88		- 164 401,49	

Die NPD konnte ihre Einnahmen 2005 im Vergleich zum Vorjahr von niedrigem Niveau ausgehend deutlich steigern. Der Großteil der Zunahme beruhte auf dem Anstieg der Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung, deren Bedeutung für die NPD sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual an den Gesamteinnahmen deutlich zunahm. Einnahmensteigerungen gelangen aber auch in anderen Teilbereichen wie Mitgliedsbeiträgen, Spenden oder Einnahmen aus Veranstaltungen. Auf der Ausgabenseite verdoppelten sich gegenüber 2004 die Personalausgaben. Die Aufwendungen für Wahlkämpfe erhöhten sich 2005 deutlich. Im Gegensatz zum Vorjahr ergab sich 2005 ein Einnahmeüberschuss von knapp 90 000 €.

¹ Vgl. NPD-Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005 gem. §§ 23 ff. Parteiengesetz (PartG), Zusammenfassung gem. § 24 Abs. 9 PartG, veröffentlicht unter www.bundestag.de/bic/finanz/fundstellen1968.pdf, S. 3 – 26. In allen Tabellen können bei den summierten Prozentangaben Rundungsfehler auftreten.

Spenden

Die NPD erhielt 2005, wie schon 2004, fast ausschließlich Spenden von natürlichen Personen, juristische Personen spielen keine Rolle. Im Rechenschaftsbericht 2005 sind sieben Personen aufgeführt, deren Spenden und Mandatsträgerbeiträge 10 000 € im Rechnungsjahr überstiegen. Fünf der Genannten waren zum Berichtszeitpunkt NPD-Abgeordnete oder Parteifunktionäre. Da Spenden und Mandatsträgerbeiträge nicht getrennt ausgewiesen werden, kann kein prozentualer Anteil der Großspender am gesamten Spendenaufkommen berechnet werden. Der Anteil der sieben Geber an der Gesamtsumme der Zuwendungen natürlicher Personen (insgesamt 1 538 478,57 €), die neben Spenden auch Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge umfasst, betrug rund 5,9 %. Rund 87,7 % des Gesamtbetrages der Zuwendungen natürlicher Personen entfiel 2005 auf kleinere Beiträge von unter 3 300 € pro Person.

1.1.2 NPD-Gesamtpartei, Vermögensbilanz 2005

NPD	2005		2004	
	€	€	€	€
1. Besitzposten Gesamtpartei				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
davon Haus-/ Grundvermögen	692 152,15		587 433,69	
Geschäftsstellenausstattung	72 562,73		69 839,39	
II. Finanzanlagen	20 629,87	785 344,75	23 183,24	680 456,32
B. Umlaufvermögen				
I. Forderung auf staatliche Mittel	567 739,15		331 748,98	
II. Geldbestände	340 360,65		289 317,13	
III. sonstige Vermögensbestände	63 215,41	971 315,21	67 614,59	688 680,70
Summe		1 756 659,96		1 369 137,02
2. Schuldposten Gesamtpartei				
A. Rückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00
B. Verbindlichkeiten				
I. Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00		0,00	
II. gegenüber Kreditinstituten	0,00		198,97	
III. gegenüber sonstigen Darlehensgebern	915 229,74		715 006,28	
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	388 552,01	1 303 781,75	290 306,44	1 005 502,69
Summe		1 303 781,75		1 005 502,69
3. Reinvermögen der Gesamtpartei		452 878,21		363 634,33

NPD	Reinvermögen	
	2005	2004
	€	€
Bundesverband	435 845,90	58 439,50
Landesverbände	- 230 945,21	65 886,91
nachgeordnete Gebietsverbände	247 977,52	239 307,92
Summe	452 878,21	363 634,33

Die NPD steigerte 2005 ihr Reinvermögen um den in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung genannten Jahresüberschuss von rund 90 000 €. Größere Habenposten waren das Haus- und Grundvermögen sowie im Jahr 2005 ausstehende Forderungen auf staatliche Mittel und Geldbestände. Laut Rechenschaftsbericht umfasste das Haus- und Grundvermögen der NPD im Wesentlichen ein bebautes Grundstück in Berlin-Köpenick, das als Bundesgeschäftsstelle (Parteizentrale) genutzt wird. Zudem ist die NPD Eigentümerin eines Grundstückes in Derschen (Rheinland-Pfalz).

Der größte Schuldposten waren 2005 Verbindlichkeiten gegenüber „sonstigen“ Darlehensgebern (nicht-staatlich und keine Kreditinstitute), also zum Beispiel Privatpersonen oder Stiftungen.

1.1.3 NPD- Landesverbände und nachgeordnete Gebietsverbände 2005

NPD	Einnahmen €	Ausgaben €	Saldo €	Reinvermögen €
Baden-Württemberg	70 336,68	82 333,45	-11 996,77	15 191,70
Bayern	195 323,73	207 100,69	-11 776,96	150 009,57
Berlin	29 962,38	24 141,78	5 820,60	10 306,41
Brandenburg	53 318,53	52 715,29	603,24	10 366,93
Bremen	6 945,93	7 240,76	-294,83	610,30
Hamburg	20 705,16	17 912,51	2 792,65	20 341,86
Hessen	72 658,59	62 231,64	10 426,95	65 577,22
Mecklenburg-Vorpommern	19 499,54	22 152,40	-2 652,86	-2 188,33
Niedersachsen	127 824,11	131 542,76	-3 718,65	76 180,96
Nordrhein-Westfalen	199 964,08	272 055,46	-72 091,38	-19 209,68
Rheinland-Pfalz	62 426,75	63 084,07	-657,32	13 353,02
Saarland	29 735,32	35 384,14	-5 648,82	-73 518,62
Sachsen	296 954,90	395 775,10	-98 820,20	-162 672,52
Sachsen-Anhalt	50 272,49	50 681,71	-409,22	5 897,11
Schleswig-Holstein	58 151,18	167 705,60	-109 554,42	-92 839,34
Thüringen	18 598,11	25 905,70	-7 307,59	-374,28
Summe	1 312 677,48	1 617 963,06	-305 285,58	17 032,31

Die einnahmestärksten NPD-Landesverbände waren 2005 Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Die Einnahmen waren auch von innerparteilichen Zuschüssen aufgrund aktueller Landtags- und Kommunalwahlen in den jeweiligen Ländern beeinflusst und sind daher nur ein Indikator neben anderen für die Bedeutung eines Landesverbandes innerhalb der NPD. Vermögenswerte waren nur in den Landesverbänden Bayern, Niedersachsen und Hessen vorhanden.

Insgesamt erwirtschafteten die Landesverbände 2005 einen deutlichen Verlust. Dieser war nur teilweise auf interne Zuschüsse an andere Parteigliederungen zurückzuführen. Die Landesverbände erhielten einen Teil der staatlichen Parteienfinanzierung als parteiinternen Finanzausgleich vom NPD-Bundesverband.

Bei einer exemplarischen Betrachtung des Landesverbandes in Sachsen zeigte sich, dass wie bei der Gesamtpartei diese Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung und aus Spenden natürlicher Personen 2005 die größte Bedeutung hatten. Aufgrund hoher Ausgaben für Wahlkämpfe und die sonstige politische Arbeit erwirtschaftete der Landesverband Sachsen 2005 dennoch einen Verlust von fast 100 000 €. Der Landesverband war insgesamt mit knapp 160 000 € verschuldet.

1.1.4 NPD-Landtagsfraktionen

Auch die Landtagsfraktionen der NPD erzielen Einnahmen durch Zuschüsse aus dem jeweiligen Landeshaushalt, die teilweise der Partei zu Gute kommen können. Die sächsische NPD-Landtagsfraktion und ihre jetzt noch acht Abgeordneten erhalten jährlich 1 886 277 € an staatlichen Zuschüssen. In dem Betrag sind jährlich knapp 1 300 000 € Fraktionsgelder für Personalkosten (Mitarbeiter), Ausgaben für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und laufenden Geschäftsverkehr enthalten. Die aus sechs Abgeordneten bestehende NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern verfügt über entsprechende Fraktionsgelder in Höhe von rund 600 000 € im Jahr.

1.1.5 Aktuelle Finanzlage

Gemäß Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2006 (Stand: 15. Januar 2007) erhält die NPD auf Bundes- und Länderebene für 2006 einen erneut gestiegenen Gesamtbetrag von 1 376 678,48 € aus öffentlichen Geldern. Da aufgrund steigender Mitgliedszahlen (aktuell 7 000 nach rund 6 400 im Jahr 2005) auch die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zugenommen haben dürften, ist für 2006 von steigenden Einnahmen der NPD auszugehen.

Gleichzeitig ist auch die Ausgaben- bzw. Schuldpostenseite weiter angewachsen. Insbesondere sind hohen Ausgaben für Wahlkämpfe, wachsende Kosten für den Parteiapparat sowie verschiedene Verbindlichkeiten zu nennen. Nach Angaben des NPD-Bundesschatzmeisters vom November 2006 ist das Barvermögen der Partei „aktuell nicht sehr hoch“, weil „alle Wahlkämpfe vorfinanziert“ worden seien.² Wegen wesentlicher Fehler in den Rechenschaftsberichten für die Jahre 1997 und 1998 fordert die Bundestagsverwaltung derzeit von der NPD 870 000 € aus der staatlichen Parteienfinanzierung zurück.³ Inzwischen haben sich die NPD und die Bundestagsverwaltung geeinigt, die ausstehende Rückforderung mit den der NPD zustehenden Abschlagszahlungen zu verrechnen. Insgesamt hat die Partei daher gravierende finanzielle Probleme.

² „Die Welt“ vom 14.11.2006, S. 2.

³ Einer Presseerklärung des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 10. November 2006 zufolge hatte der damalige Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Thüringen in den Jahren 1996 und 1997 in großem Umfang falsche Spendenquittungen ausgestellt, deren Beträge zum großen Teil in die Rechenschaftsberichte des jeweils folgenden Jahres entsprechend verbucht worden seien. Dadurch seien staatliche Mittel zu Unrecht festgesetzt und ausgezahlt worden. Die Gewährung der Abschlagszahlung zum 15. November 2006 wurde daher von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht. Das Verwaltungsgericht Berlin hat es am 28. März 2007 in einem von der NPD angestrebten Eilverfahren abgelehnt, eine einstweilige Anordnung zur Auszahlung der Abschlagszahlungen zu erlassen.

Der Ausgabenbelastung begegnete die NPD Ende 2006 durch Entlassung fast aller Angestellten der Bundespartei. Ein Teil des Parteipersonals konnte durch die NPD-Landtagsfraktionen übernommen werden. Ein Teil der Mitglieder zeigt hohe Einsatzbereitschaft durch unbezahltes Engagement für die NPD, zum Beispiel in Wahlkämpfen. Eine Spendenkampagne zur Abwendung eines drohenden finanziellen Kollapses („Notopfer für die Aufrechterhaltung unseres politischen Kampfes zur Erneuerung Deutschlands“) der NPD im Dezember 2006 soll nach Angaben des Parteivorsitzenden gut 100 000 € erbracht haben.⁴

Die Finanzprobleme beeinträchtigten die jüngsten Wahlkämpfe der Partei. Der NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz musste im Landtagswahlkampf 2006 mangels eigener Mittel von der Bundespartei sowie dem Landesverband Sachsen finanziell unterstützt werden. Die Landtagswahlkämpfe 2006 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin konnte die NPD nur noch mit externer finanzieller Unterstützung durchführen. Insbesondere ein erst jüngst in die Partei eingetretener und sofort in den Bundesvorstand gewählter, bundesweit bekannter Rechtsextremist aus Hamburg gilt als Kreditgeber der NPD.

Trotz der kritischen Lage dürfte die Partei aufgrund der zukünftig zu erwartenden Einnahmen aus staatlicher Finanzierung, Spenden und Mitgliedsbeiträgen ihre politische Arbeit fortsetzen können. Da 2007 lediglich in Bremen eine Landtagswahl stattfand, zu der nach der Absprache im „Deutschlandpakt“ die DVU antrat, steht die NPD bei den 2008 anstehenden Landtagswahlen unter hohem Druck, ihre Wahlergebnisse bei vermutlich sinkenden Wahlkampfausgaben zu verbessern.

⁴ Vgl. „Deutsche Stimme“ Nr. 2/2007, S. 2.

1.2 „DEUTSCHE VOLKSUNION“ (DVU)⁵

1.2.1 DVU-Gesamtpartei, Einnahmen und Ausgaben 2005

DVU	2005		2004	
	€	Prozent	€	Prozent
1. Einnahmen Gesamtpartei				
Mitgliedsbeiträge	112 601,79	11,49 %	114 300,30	10,30 %
Spenden (nat. und jur. Personen)	417 273,30	42,57 %	510.745,74	46,04 %
Staatliche Mittel	243 443,48	24,84 %	259 891,71	23,42 %
Sonstige Einnahmen (Mandatsträgerbeiträge, Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit, sonstigem Vermögen, aus Veranstaltungen und Druckschriften)	206 851,24	21,10 %	224 528,54	20,24 %
Summe Einnahmen	980 169,81	100,00 %	1 109 466,29	100,00 %
2. Ausgaben Gesamtpartei				
Wahlkampfkosten	72 667,12	15,24 %	259 777,17	36,57 %
Allgemeine politische Arbeit	115 685,61	24,26 %	76 598,42	10,78 %
Personalausgaben	50 088,25	10,50 %	87 535,93	12,32 %
Sonstige Ausgaben (Sachausgaben für laufenden Geschäftsbetrieb, Vermögensverwaltung, Zinsen, Sonstiges)	238 372,33	49,99 %	286 389,54	40,32 %
Summe Ausgaben	476 813,31	100,00 %	710 301,06	100,00 %
3. Überschuss oder Defizit (-)	503 356,50		399 165,23	

Die Einnahmen der DVU gingen 2005 leicht zurück. Im Vergleich zur NPD entfiel ein deutlich geringerer Teil der Einnahmen auf die staatliche Teilfinanzierung. Die wichtigsten Einnahmefelder waren Spenden natürlicher Personen. Die DVU verfügt über diverse ausweispflichtige Einnahmen aus Erbfällen, die in Form von Berichtigungen als periodenfremd 2005 erstmals ausgeworfen wurden. Darunter fällt für 2005 der Nachweis betreffend eines Erblassers aus Duisburg, wodurch der Partei Mittel von knapp 125 000 € zuflossen.

Da die Ausgaben insbesondere aufgrund geringerer Wahlkampfkosten noch deutlicher sanken als die Einnahmen, erwirtschaftete die DVU 2005 einen Überschuss von knapp 500 000 €. Diesen setzte sie zur Reduzierung ausstehender Verbindlichkeiten ein. Einnahmen und Ausgaben der DVU blieben 2005 deutlich hinter denen der NPD zurück.

Spenden

Die DVU erhielt 2005, wie schon 2004, ausschließlich Spenden natürlicher Personen. Im Rechenschaftsbericht 2005 ist nur eine Person aufgeführt, deren Spende mit 10 900,00 € der Veröffentlichungspflicht unterlag. Der Anteil dieses Großspenders an der Gesamtsumme der Zuwendungen natürlicher Personen (Spenden, Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge in Höhe

⁵ Vgl. DVU-Rechenschaftsbericht für das Jahr 2005 gem. §§ 23 ff. Parteiengesetz (PartG), Zusammenfassung gem. § 24 Abs. 9 PartG, veröffentlicht unter www.bundestag.de/bic/finanz/fundstellen1968.pdf, S. 169 – 196.

von 572 701,00 €) betrug rund 1,9 %. Rund 88,3 % des Gesamtbetrages der Zuwendungen natürlicher Personen entfielen 2005 auf kleinere Beiträge von unter 3 300 € pro Person.

1.2.2 DVU-Gesamtpartei, Vermögensbilanz 2005

DVU	2005		2004	
	€	€	€	€
1. Besitzposten Gesamtpartei				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
davon Haus-/ Grundvermögen	1 533,88		1533,88	
Geschäftsstellenausstattung	7,55		21,36	
II. Finanzanlagen	2,00	1 543,43	0,00	1 543,43
B. Umlaufvermögen				
I. Forderung auf staatliche Mittel	0,00		47 161,01	
II. Geldbestände	81 117,78		72 464,04	
III. sonstige Vermögensbestände	43 524,14	124 641,92	0,00	119 625,05
Summe		126 185,35		121 180,29
2. Schuldposten Gesamtpartei				
A. Rückstellungen	20 000,00		20 000,00	
B. Verbindlichkeiten				
I. Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	16 445,49		9 096,50	
II. gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
III. gegenüber sonstigen Darlehensgebern	1 188 393,35		1 749 004,78	
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	73 880,47		18 969,47	
Summe		1 298 719,31		1 797 070,75
3. Reinvermögen der Gesamtpartei, negativ (-)		-1 172 533,96		-1 675 890,46

DVU	Reinvermögen	
	2005	2004
	€	€
Bundesverband	- 1 226 793,51	- 1 721 190,34
Landesverbände	28 760,17	19 984,73
nachgeordnete Gebietsverbände	25 499,38	25 315,15
Summe	- 1 172 533,96	- 1 675 890,46

Die DVU hatte 2005 ein negatives Gesamtvermögen. Die hohen Verbindlichkeiten gehen insbesondere auf umfangreiche Kredite ihres langjährigen Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey zurück. Die Partei war und ist von dessen Krediten und Spenden abhängig.

1.2.3 DVU-Landesverbände und nachgeordnete Gebietsverbände 2005

DVU	Einnahmen €	Ausgaben €	Saldo €	Reinvermögen €
Baden-Württemberg	1 403,19	1 133,33	269,86	6 581,95
Bayern	10 044,85	9 874,27	170,58	13 860,28
Berlin	4 178,97	4 174,37	4,60	1 033,11
Brandenburg	49 404,69	53 609,22	-4 204,53	3 629,86
Bremen	5 086,78	2 046,60	3 040,18	7 497,70
Hamburg	1 846,17	1 855,01	-8,84	2 640,45
Hessen	1 230,77	1 133,59	97,18	238,40
Mecklenburg-Vorpommern	2 972,16	3 069,88	-97,72	0,00
Niedersachsen	6 132,60	6 194,01	-61,41	1 134,48
Nordrhein-Westfalen	18 014,36	14 548,31	3 466,05	17 132,87
Rheinland-Pfalz	351,71	65,60	286,11	1 482,07
Saarland	0,00	0,00	0,00	63,14
Sachsen	1 060,00	1 060,00	0,00	171,08
Sachsen-Anhalt	86 260,48	89 799,84	-3 539,36	-3 097,22
Schleswig-Holstein	3 177,36	3 003,89	173,47	1 624,38
Thüringen	9 873,50	510,00	9 363,50	267,00
Summe	201 037,59	192 077,92	8 959,67	54 259,55

Die DVU-Landesverbände waren 2005 fast durchweg sehr einnahme- und vermögensschwach. Selbst der Landesverband Bremen verfügt trotz parlamentarischer Vertretung der DVU in der Bremischen Bürgerschaft nur über geringe Geldmittel. Allein die Landesverbände in Sachsen-Anhalt und Brandenburg erzielten 2005 nennenswerte Einnahmen, schlossen das Jahr jedoch beide defizitär ab.

1.2.4 DVU-Landtagsfraktionen

Aktuell ist die DVU als Fraktion mit sechs Abgeordneten im Landtag Brandenburgs und mit einem Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. Die DVU-Landtagsfraktion in Brandenburg erhält jährlich 751 100 € an staatlichen Zuschüssen. In der Bremischen Bürgerschaft ist die DVU mit nur einem Abgeordneten vertreten und hat keinen Fraktionsstatus.

Der Abgeordnete erhält jährlich rund 35 000 €, die sich aus steuerpflichtiger Entschädigung und einer steuerfreien Pauschale zusammensetzen.

1.2.5 Aktuelle Finanzlage

Gemäß Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2006 (Stand: 15. Januar 2007) erhält die DVU auf Bundes- und Länderebene für 2006 einen Gesamtbetrag von 231 971,94 € aus öffentlichen Geldern. Ihre Mitgliederzahl geht seit Jahren zurück. Die zentralistische und autoritäre Führung der DVU schlägt sich auch in finanziell schwach ausgestatteten Parteigliederungen nieder. Der privat sehr vermögende Parteivorsitzende Frey übt als Kreditgeber und Bundesvorsitzender auf die DVU gleichermaßen unanfechtbare wirtschaftliche Macht wie politischen Einfluss aus. Ohne Freys finanzielles Engagement wäre die DVU nicht handlungsfähig.⁶

1.3 ZUSAMMENFASSUNG PARTEIENFINANZIERUNG

Die rechtsextremistischen Parteien sind mit Abstand die mitgliederstärksten und finanzstärksten Personenzusammenschlüsse im deutschen Rechtsextremismus. Sie erzielen Einnahmen aus mehreren Quellen, wobei die prozentuale Zusammensetzung variiert. Bei allen Parteien sind die Zuwendungen natürlicher Personen (Spenden und Mandatsträgerbeiträge) von zentraler Bedeutung. Insbesondere für die NPD sind auch die Zuwendungen aus der staatliche Teilfinanzierung der Parteien von hoher Bedeutung.

Trotz insgesamt steigender Einnahmen haben die rechtsextremistischen Parteien finanzielle Schwierigkeiten. Ursächlich sind entweder die Einnahmen übersteigende Ausgaben (NPD) oder negative Vermögenswerte (DVU).

2 BILDUNGSPOLITISCHE EINRICHTUNGEN DER PARTEIEN

2.1 NPD-NAHE EINRICHTUNGEN

Im April 2005 gründeten NPD-Mitglieder und andere Rechtsextremisten in Dresden das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e. V.“, das im Juli 2006 erstmals eine Diskussionsveranstaltung durchführte. Das „Bildungswerk“ will sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuschüsse finanzieren. Der rechtliche Status ist der eines eingetragenen Vereins in Gründung. Die NPD-Fraktion erklärte, für das „Bildungswerk“ einen Zuschuss aus dem sächsischen Landeshaushalt in Höhe von 770 000 € beantragen zu wollen. Finanzielle Erwägungen dürften ein wesentliches Motiv für die Gründung des „Bildungswerkes“ gewesen sein. Parteinahere Vereine und Stiftungen können in Sachsen gemäß eines Förderprogramms⁷ Finanzmittel aus dem Landeshaushalt erhalten. Voraussetzung ist laut Haushaltsplan, dass die der Stiftung bzw. dem Verein nahestehende Partei mindestens zwei Wahlperioden lang im Deutschen

⁶ In der privaten „DSZ Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH“ (DSZ-Verlag) des Vorsitzenden erscheint die „National-Zeitung / Deutsche Wochenzeitung“ (NZ) als Werbeträger und publizistisches Sprachrohr der DVU. Die wöchentliche Auflage beträgt rund 38 000 Exemplare. Darüber hinaus gehört zur Unternehmensgruppe von Frey die „Freiheitliche Zeitungsverlag GmbH“ (FZ-Verlag), welche eine Mischung aus rechtsextremistischer und nationalkonservativer Literatur vertreibt.

⁷ Titel des Förderprogramms: „Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung“.

Bundestag oder im Sächsischen Landtag vertreten ist. Aufgrund der geltenden Gesetzeslage hat das NPD-nahe „Bildungswerk“ bisher keine öffentlichen Zuschüsse erhalten.

2.2 DVU-NAHE EINRICHTUNGEN

Auch die DVU verfügt mit dem vom DVU-Landesverband Brandenburg betriebenen Verein „Brandenburg gestalten e. V.“ über eine bildungspolitische Einrichtung, welche an der staatlichen Finanzierung partizipieren will. Eine Teilhabe daran scheiterte am Fehlen der Fördervoraussetzungen für das Haushaltsjahr 2005 / 2006. Die generellen Fördervoraussetzungen und der generelle Verteilungsmaßstab der betreffenden Haushaltsstelle sind in § 17 Abs. 1 Satz 2 Landeshaushaltsordnung (LHO) verbindlich erläutert. Die Mittel werden je zur Hälfte auf Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen verteilt, die Parteien nahe stehen, welche dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmungen repräsentieren und nach dem endgültigen Ergebnis der letzten drei Landtagswahlen oder bei der letzten Landtagswahl, der letzten Bundestagswahl und der letzten Europawahl mindestens fünf vom Hundert der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben.⁸ Die DVU wurde 2004 erst zum zweiten Mal in Folge in den Brandenburger Landtag gewählt. Ob eine Bildungstätigkeit stattfindet ist zudem zweifelhaft. Die DVU reichte gegen diese Regelung 2006 eine Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgericht des Landes Brandenburg ein, da sie sich in ihren Grundrechten verletzt sah. Das Landesverfassungsgericht wies die Beschwerde am 21. Dezember 2006 als unzulässig zurück.⁹ Auch „Brandenburg gestalten e. V.“ hat deshalb bisher keine öffentlichen Fördergelder erhalten.

2.3 BEWERTUNG

Die bildungspolitischen Einrichtungen der rechtsextremistischen Parteien sind im Hinblick auf finanzielle Mittel derzeit irrelevant. Sie können erst bei langfristiger, kontinuierlicher Präsenz rechtsextremistischer Parteien in den gleichen Landtagen zu einem finanziellen Faktor werden.

⁸ Eine Förderung kann auch erfolgen, wenn die Partei im Landtag vertreten ist und in mindestens der Hälfte der Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke auf Grund eines eigenen Wahlvorschlages vertreten ist.

⁹ Die Klägerin DVU führte Art. 20 Abs. 1 (Recht der Parteien auf Chancengleichheit), daneben Art. 12 Abs. 1 und 2 (Gleichheitssatz, Diskriminierungsverbot) und Art. 19 Abs. 1 Satz 1 (Meinungsfreiheit) der Verfassung des Landes Brandenburg an. In der Begründung der Unzulässigkeit der Verfassungsbeschwerde führte das Verfassungsgericht an, dass die Verfassungsbeschwerde nicht die statthafte Verfahrensart sei, da politische Parteien nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (nur) dann zur Verfassungsbeschwerde befugt seien, wenn sie in ihrem Recht auf Gleichbehandlung nicht durch ein Verfassungsorgan (hier Brandenburger Landtag), sondern durch ein Verwaltungsorgan im funktionellen Sinne behindert werden. Vgl. VerfGBbg, Beschluss vom 21.12.2006, Az.: VfGBbg 20/06. Das Verfahren ist nun beim Verwaltungsgericht Potsdam anhängig.

3 IMMOBILIEN

3.1 IMMOBILE VERMÖGENSWERTE DER RECHTSEXTREMISTISCHEN KREISE

Den Sicherheitsbehörden sind bundesweit 26 Objekte bekannt, die sich im Eigentum von Rechtsextremisten befinden und aufgrund der Prominenz des Besitzers oder ihrer Nutzung als Treff- oder Veranstaltungsort eine gewisse Relevanz haben. Darunter befindet sich neben überwiegend privat genutzten Gebäuden zum Beispiel das Gebäude mit der NPD-Parteizentrale in Berlin-Köpenick.

3.2 „WILHELM-TIETJEN-STIFTUNG FÜR FERTILISATION LIMITED“

Im Zusammenhang mit Immobiliengeschäften wurde in den letzten Jahren regelmäßig die „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited“ genannt. Bei der „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited“ handelte es nicht um eine Stiftung, sondern um eine Kapitalgesellschaft nach britischem Recht. Der Namensgeber der Gesellschaft war ein im Jahr 2002 verstorbener ehemaliger Lehrer und SS-Angehöriger aus Bremen, der mit Börsengeschäften zu Reichtum gekommen sein soll und dessen Vermögen nach seinem Tod an den Vorsitzenden der „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited“, einen rechtsextremistischen Multifunktionär, übergegangen sein dürfte. Mit dem Geld erwarb dieser in Pößneck (Thüringen) und in Dörverden (Niedersachsen) zwei Objekte für die Gesellschaft. Am 29. August 2006 wurde die in London ansässige Gesellschaft von Amts wegen aus dem britischen Handelregister gelöscht, da im britischen Recht vorgeschriebene Berichtspflichten nicht eingehalten wurden. Der Vorsitzende gründete daraufhin eine fast namensgleiche „Wilhelm-Tietjen-Stiftung Limited“. Die neugegründete Kapitalgesellschaft wird bisher nicht als Rechtsnachfolgerin der gelöschten Gesellschaft anerkannt. Bedingt durch die Löschung der ursprünglichen Gesellschaft ist derzeit unklar, wie sich die Eigentumsverhältnisse hinsichtlich der von ihr erworbenen Immobilien gestalten.¹⁰ Das Amtsgericht Jena hat im vorliegenden Fall einen Nachtragsliquidator eingesetzt, der seine Arbeit noch nicht abgeschlossen hat. Dadurch hat die Gesellschaft derzeit keinen Zugriff auf die genannten Immobilien.

3.3 „POLITISCH MOTIVIERTE IMMOBILIENGESCHÄFTE“ („SCHEINKÄUFE“)

Den Sicherheitsbehörden sind bundesweit 15 Immobilien bekannt, an deren Erwerb Rechtsextremisten Interesse hatten oder geäußert haben, die aber letztlich nicht an Rechtsextremisten verkauft wurden. Dabei sind reale und fingierte Kaufabsichten („Scheinkäufe“) nicht immer eindeutig zu unterscheiden.

Anhaltspunkte für mögliche Scheinkäufe sind zum Beispiel:

- eine möglichst medienwirksame Ankündigung der Erwerbsabsicht mit Ankündigung ein „nationales Begegnungszentrum“ o. ä. errichten zu wollen,

¹⁰ Nach englischem Recht fällt das Vermögen einer gelöschten Gesellschaft an die britische Krone. Der ehemalige Eigentümer hat jedoch 20 Jahre lang die Möglichkeit, durch ein Gerichtsverfahren die Wiedereintragung zu erlangen. Ob außerhalb des britischen Hoheitsgebietes gelegenes Eigentum ebenfalls an die britische Krone fällt, ist bisher nicht geklärt.

- eine hohe Diskrepanz zwischen Höhe des Angebotes (bzw. des Kaufpreises) und Verkehrswert,
- finanzielle Schwierigkeiten des Verkäufers.

Beim Auftreten eines rechtsextremistischen Kaufinteressenten im Zusammenhang mit Immobiliengeschäften ist regelmäßig die Frage, ob ein Kauf tatsächlich angestrebt wird oder ob der dadurch ausgelöste politische Druck auf die entsprechenden Kommunen lediglich den Immobilienpreis in die Höhe treiben und die Kommunen zur Ausübung ihres Vorkaufsrechtes bzw. zur Abgabe eines Angebotes veranlassen soll. Denn um die Einrichtung eines möglicherweise auch überregionalen rechtsextremistischen Treffortes in der eigenen Gemeinde zu verhindern, sehen sich die Kommunen oft genötigt, die Immobilie selbst zu einem erhöhten Preis zu erwerben. Der vermeintliche Kaufinteressent kann dann an dem erhöhten Verkaufserlös in Form einer „Vermittlerprovision“ partizipieren. Auf einer rechtsextremistischen Internetseite wird das Vorgaukeln eines Kaufinteresses an nicht oder nur schlecht verkäuflichen Objekten daher als zukunftssträchtige Geschäftsidee beschrieben. Der Kreisverband Jena der NPD bietet im Internet die „Vermittlung“ bei Immobiliengeschäften gegen Zahlung einer „Parteispende“ an. Die NPD verfügt derzeit selbst nicht über die finanziellen Mittel zum Erwerb kostenträchtiger Immobilien.

3.4 BEWERTUNG

Immobilieigentum kann grundsätzlich als geeignetes Mittel gesehen werden, Strukturen oder Anlaufstellen für Rechtsextremisten zu schaffen. Immobilienkäufe wurden bereits im November 1999 von einem damaligen NPD-Funktionär in dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DS) unter der Überschrift „Befreite Zonen – aber wie?“ diskutiert. Die Schaffung eines Netzwerkes von Immobilien wurde dort als zentrale Aufgabe des „gesamten nationalen Widerstandes“ beschrieben. Das tatsächliche Immobilieneigentum von Rechtsextremisten ist jedoch begrenzt. Viele Objekte werden als Wohneigentum genutzt oder dienen einer lokalen Szene als Treffort. Da die Objekte in der Regel einzelnen Personen gehören, ist eine zentrale Steuerung oder strategische Nutzung, etwa durch die NPD, insgesamt nicht möglich.

4 SONSTIGE ORGANISATIONEN (KAMERADSCHAFTEN, VEREINE)

4.1 NEONAZISTISCHE KAMERADSCHAFTEN

Die rund 160 (2005: 160) neonazistischen Kameradschaften in Deutschland verfügen in der Regel über eine „Kameradschaftskasse“, die durch regelmäßige Beitragszahlungen aufgefüllt wird. Die Gelder (in der Größenordnung von 10 € Mitgliedsbeitrag pro Monat) werden für gemeinschaftliche Aktivitäten wie Fahrten zu Veranstaltungen, für politische Propaganda, aber auch für „Kameradschaftsabende“, die oft Stammtischcharakter haben, eingesetzt. Die Mitglieder sind in der Regel jung und eher einkommensschwach. In Ausnahmefällen wurde eine Unterstützung durch die NPD als Gegenleistung etwa für Wahlkampfhilfe bekannt.

4.2 RECHTSEXTREMISTISCHE VEREINE

Rechtsextremistische Vereine wie der „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) erheben Mitgliedsbeiträge, sind aber nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden finanziell auch auf Spenden durch Sympathisanten angewiesen. Zum Teil werden geringe Erlöse aus dem Verkauf vereinseigener Zeitschriften erzielt.

4.3 BEWERTUNG

Die finanziellen Ressourcen in diesem Bereich werden von den Verfassungsschutzbehörden für unbedeutend gehalten. Relevant ist hier vor allem die Produktion von rechtsextremistischem Propagandamaterial, die meist aus Mitgliedsbeiträgen oder dem Privatvermögen der Aktivisten finanziert wird.

5 RECHTSEXTREMISTISCHE MUSIK UND SZENEPRODUKTE

Bundesweit liegen keine verlässlichen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen aus dem Bereich des rechtsextremistischen Musikhandels vor, die belastbare Aussagen über Umsätze und Gewinne sowie deren mögliche Verwendung zulassen. Die Mehrzahl der Vertriebe muss aufgrund ihrer Rechtsform derartige Informationen nicht veröffentlichen. Den Finanzbehörden vorliegende steuerliche Angaben unterliegen in der Regel dem Steuergeheimnis.

5.1 VERSANDHÄNDLER UND SZENELÄDEN

Gehandelte Produkte sind Tonträger (CDs) und Textilien von „Szenemarken“ bzw. mit in der Szene beliebten Aufdrucken. Da rechtsextremistische Musik und auch andere Szeneprodukte im normalen Handel nicht erhältlich sind, wurden eigene Vertriebsstrukturen geschaffen. Die Zahl der bundesweit aktiven rechtsextremistischen Versandhändler ist auf ca. 90 angestiegen.¹¹ Nahezu die Hälfte dieser Vertriebe tritt mit eigenen Markennamen als Produzent von Tonträgern oder Bekleidungsartikeln auf (36 Musik- und drei Textillabel), fast alle verfügen über einen oder mehrere Onlineshops. Bei den übrigen handelt es sich um kleinere, meist von Einzelpersonen wenig professionell geleitete Vertriebe. Darüber hinaus werden die Produkte über zahlreiche Szeneläden mit lediglich regionaler Bedeutung verkauft, die zugleich als Treffpunkte der lokalen Szene dienen. Außerdem existieren zwei von Rechtsextremisten betriebene Internet-Auktionshäuser, in denen unter anderem rechtsextremistische CDs und andere Materialien angeboten werden.

Einige der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe sind im Bundesland Sachsen ansässig. Allein die dortige Vertriebsszene erzielte im Jahr 2005 einen geschätzten Umsatz von über 1 Mio. €. Überregional bedeutsame Unternehmen erwirtschafteten Umsätze von teilweise über 100 000 €.

Die Herstellung einer CD (Pressung, Booklet, Box) kostet den Auftraggeber bei einer Auflagenhöhe von 3 000 Stück ca. einen Euro pro Stück. CDs rechtsextremistischer Bands werden üblicherweise in einer Auflagenhöhe von 1 000 bis 5 000, in Ausnahmefällen bis zu 10 000

¹¹ Nach deutschem Recht strafbare Propagandamaterialien können zudem über ca. zwei Dutzend ausländische Musikvertriebe in den USA, Europa und Australien bezogen werden.

Exemplaren hergestellt. Weitere, variierende Ausgaben entstehen für Gage oder Unterbringung der Bands, das Tonstudio und sonstige Logistik sowie zum Teil für die anwaltliche Vorabprüfung der Texte. Während der Produzent – in der Regel ist er auch Betreiber eines Versandhandels – einen Teil der CDs für 12 bis 15 € an Endverbraucher anbietet, verkauft er den anderen Teil an andere Händler zu Staffelpreisen zwischen fünf und acht Euro.

Laut BKA gehen die Beschlagnahmungen von Original-CDs durch die Polizeibehörden tendenziell zurück. Viele Konsumenten fertigen Kopien von CDs an privaten Rechnern an und nutzen die Möglichkeit des illegalen unentgeltlichen Dateitausches über das Internet. Im rechtsextremistischen Musikmarkt sind daher – ähnlich wie im nichtextremistischen Markt – Verkaufsrückgänge bei Tonträgern und damit Umsatz- und Gewinneinbußen zu erwarten.

5.2 MUSIKGRUPPEN UND KONZERTE

Auch mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen sind Gewinne zu erzielen. Einnahmen erfolgen aus Eintrittsgeldern, Getränkeverkauf oder Verkaufsstandgebühren, die rechtsextremistische Händler bei Konzerten zahlen. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben für die Veranstaltungsräume, Technik, Gagen der Bands, Wareneinkauf usw. gegenüber.

Im Jahr 2006 fanden bundesweit 163 rechtsextremistische Konzerte (2005: 193) und 29 (2005: 52) rechtsextremistische Liederabende statt. Daneben wurden 78 (2005: 47) musikalische Auftritte im Rahmen sonstiger rechtsextremistischer Veranstaltungen durchgeführt. Dabei sind regionale Schwerpunkte feststellbar, es sind jedoch fast alle Bundesländer betroffen.

Die durchschnittliche Besucherzahl bei Skinhead-Konzerten ist aufgrund des Repressionsdrucks der Polizei seit Jahren tendenziell rückläufig und liegt derzeit bei etwa 135 Personen (2005: 160). Konspirative Vorbereitung und Probleme bei der Anmietung geeigneter Räumlichkeiten führten im Jahr 2006 dazu, dass nur wenige größere Konzerte mit mehr als 400 Teilnehmern stattfanden. Konzerte mit mehr als 1 000 Teilnehmern wurden ausschließlich im Ausland durchgeführt; in Einzelfällen liegen Hinweise auf ein Zusammenwirken mit deutschen Szeneangehörigen vor. Bei Eintrittspreisen zwischen fünf und 15 € und Teilnehmerzahlen von zumeist zwischen 50 und 250 Personen sind die Gewinnmöglichkeiten insgesamt zurückgegangen. Das LfV Sachsen schätzt die Einnahmen der dortigen Konzertveranstalter im Jahr 2006 bei 47 Konzerten auf insgesamt ca. 74 000 €. Über die Höhe der Ausgaben und des übrigbleibenden Gewinns liegen keine Erkenntnisse vor. Häufig wird durch die Einnahmen vermutlich nur noch eine Kostendeckung erreicht. Kleinere Konzerte rechnen sich für die Veranstalter nur dann, wenn sie kostengünstige Räume nutzen und regionale Bands engagieren. Auf größeren Konzerten können dagegen durchaus über 10.000 € umgesetzt werden.

Die Zahl der aktiven rechtsextremistischen deutschen Bands ist auf 152 Bands (2005: 142) angestiegen. Daneben sind 26 Liedermacher aktiv (2005: 26). Manche Musikgruppen oder einzelne Angehörige haben eigene Versand- oder Szenegeschäfte gegründet und sind insofern in den bisherigen Ausführungen berücksichtigt. Sofern Erkenntnisse über die Einnahmen von Musikgruppen vorliegen, deuten diese auf eher geringe Beträge hin. Häufig partizipierten die Musikgruppen an der CD-Produktion nur durch die Überlassung von Freixemplaren oder eine (zumeist geringe) Beteiligung am Verkaufserlös. Bei Konzerten sind die Gagen für die Bands gering, sie reichen von bloßer Reisekostenerstattung bis zu einigen hundert Euro für die gesamte Band.

Die Motivation rechtsextremistischer Bands ist daher vorrangig in einem angestrebten höheren Status in der Szene oder in einer politischen Motivation zu sehen. Die Beweisaufnahme im Prozess gegen die Band „Landser“ vor dem Berliner Kammergericht (OLG) im Jahr 2003 zeigte, dass selbst die Mitglieder der damals bundesweit bekanntesten rechtsextremistischen Band von ihrer Musik allein nicht leben konnten.

5.3 BEWERTUNG

Produzenten und Anbieter rechtsextremistischer Musik und anderer Szeneprodukte setzen bundesweit jährlich mehrere Millionen Euro um. Außerhalb der Parteienfinanzierung ist dies der umsatzträchtigste Bereich im Rechtsextremismus. Nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden erzielen ein Teil der Szeneläden und Vertriebe und die Mehrzahl der Konzertorganisatoren keine oder minimale Gewinne und können daher auch keine Geldmittel weitergeben. Viele Inhaber von Vertrieben können mit ihren Geschäften jedoch einen Zusatzverdienst erzielen oder sogar ihren Lebensunterhalt bestreiten. Außerdem setzen sie die Mittel für ihre weiteren geschäftlichen Aktivitäten im Bereich der rechtsextremistischen Musik ein. Zum Teil beschäftigen sie auch weitere Szeneangehörige. Je stärker ihre Einbindung in und die Identifikation mit der Szene ist, desto eher unterstützen sie darüber hinaus rechtsextremistische Organisationen oder Aktionen mit den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln.

Nur in seltenen Fällen liegen eindeutige Hinweise für eine systematische Finanzierung von rechtsextremistischen Organisationen oder Bestrebungen vor. Beispielsweise traten mehrere Vertriebe als Teil-Finanziers der strafrechtlich relevanten Schulhof-CD (2004) auf, die kostenlos auf Schulhöfen verteilt werden sollte und neben rechtsextremistischen Liedern verschiedener Bands auch Hinweise auf regionale rechtsextremistische Gruppierungen als Ansprechpartner für Interessierte enthielt. Hier wurden die politischen Motive der Organisatoren mit kommerziellen Interessen (Kundenwerbung) angereichert. Die Bands oder Vertriebe, die die Rechte an den benutzten Musikstücken hielten, haben für diese CD und auch für einige weitere „Solidaritätssampler“ ihre Musik kostenlos zur Verfügung gestellt. Soweit damit Gewinne erwirtschaftet wurden, sollten diese den jeweils genannten Zwecken zufließen.

Bei größeren Konzertveranstaltungen überregional organisierter Gruppierungen wird zum Teil bereits vorher bestimmt, dass die Gewinne erneut in die Aktivitäten der Gruppierung investiert werden. Aufgrund der skizzierten Schwierigkeiten bei der Organisation rechtsextremistischer Großveranstaltungen ist diese Vorgehensweise jedoch selten geworden. Sehr vereinzelt wurden Spendenaufrufe auf Konzerten bekannt, etwa zur finanziellen Unterstützung regionaler Szeneangehöriger bei Gerichtsverfahren. Erkenntnisse über die Höhe von dabei erzielten Erträgen liegen nicht vor.

Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0

Die Analyse ist auch über das Internet
abrufbar unter:
<http://www.verfassungsschutz-berlin.de>
E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de